

Landtagsbeilage zur Sächsischen Staatszeitung.

Nr. 106.

Beauftragt mit der Herausgabe: Regierungsrat Döring in Dresden.

1921.

Landtagsverhandlungen.

Schluß der Sitzung vom 10. Januar.

Unterrichtsminister Reichner:
(Fortsetzung.)

Einige ganz kurze Bemerkungen noch zu den letzten Ausführungen des Hrn. Abg. Krz. Er hat erklärt, er habe ganz „kurze Ausführungen“ gemacht, er sei absichtlich nicht auf Einzelheiten eingegangen, aber gerade die „kurzen Ausführungen“, die sogenannten, sind es, die in ihrer Kürze und in ihrer Unbestimmtheit draußen im Lande alle möglichen und unmöglichen Schlüsse auch in bezug auf die Einzelheiten zulassen. Darum sage ich noch einmal, wenn schon dann ausführlich und eingehend, und dazu mehr, wie gesagt, im Ausschuss Gelegenheit gewesen. Es ist mir dann wiederholt der Philosophenverein genannt worden im Gegenjage zu den Entschiedenem Schulreformen. Ich kann mich auf diesen Streit nicht einlassen, weil ich weiß, wie ich beide Parteien zu bewerten habe. Ich habe das auch wiederholt zum Ausdruck gebracht, aber wenn es richtig ist, was mir eben mitgeteilt worden ist, daß 3/4 in Sachen die meisten, ja wohl fast alle Entschiedenem Schulreformer auch Mitglieder des Philosophenvereins sind, dann kann doch wahrhaftig der Gegenjage zwischen beiden nicht so scharf sein, als er hingestellt worden ist. Aber wie gesagt, das lasse ich dahingestellt. Wichtig ist, daß wir in der Anhörung der betreffenden Fachkreise den Philosophenverein, wenn es sich darum gehandelt hat, für die Zukunft zu arbeiten, herangezogen haben. Aber auch mit den Entschiedenem Schulreformatoren haben wir verhandelt und freun und außerordentlich und speziell ich freue mich darüber, wenn von der Seite Material geboten wird, das zu greifbarer praktischer Auswertung führen kann. Es kann also nicht davon die Rede sein, daß wir uns einseitig auf die Philosophen, die Reaktionen, wie man sie nennt, stützen. Das trifft nicht zu.

„Positive Maßnahmen“, sagt Hr. Abg. Krz., habe er vermisst. Was versteht man unter positiven Maßnahmen? Das ist auch ein ganz vieldeutiger Ausdruck. Wenn er damit sagen will, daß gar nichts geschieht, so haben wir, glaube ich, nachgewiesen, daß er dann im Irrtum ist. Streiten läßt sich nur darüber, ob die sogenannten positiven Maßnahmen so sind, daß man zutreiben kann. Da habe ich vorher schon gesagt, ich bin da ganz mit dem Hrn. Abg. Krz. der Meinung, daß das, was gefordert ist, auch nicht befriedigt, aber richtig ist, was Hr. Abg. Müller sagte und was auch ich vorher betont habe, von unten auf die Neugestaltung des ganzen Schulwesens in seinem ganzen Zusammenhang, in seinen einzelnen Zweigen zu erreichen, das ist es, worauf es ankommt. Wenn man das will, so ist es ganz unmöglich, daß man auf jedem einzelnen der vielen Gebiete zugleich ansetzen kann, wenn man nicht den Zusammenhang des Ganzen geschädigt. Da kann es vorkommen, daß man das einzelne, weil es das zunächstliegende und Wichtigere ist, energisch im Angriff nimmt, während das andere nicht in der Weise, wie es an sich wünschenswert wäre, gefördert werden kann.

Hr. Abg. Krz. wünscht von mir, daß ich nicht nur außerhalb des Regierungsgebäudes, sondern auch im Regierungsgebäude selbst energischer sei. Was soll man mit einer solchen Redensart anfangen? Darunter kann man alles mögliche verstehen. Welcher Eindruck mit dieser Forderung erweckt werden soll, darüber wird niemand im Hause im Zweifel sein. Ich kann damit nichts anfangen. Wenn es eine Unterstellung sein soll, weise ich sie ganz entschieden zurück.

Abg. Schaefer (Rom.):

Ich begrüße die Offenheit, mit der der Hr. Regierungsvorsteher Hr. Wiesing seinen reaktionären Standpunkt vertreten hat. Ich weiß diese Überzeugung zu würdigen, muß aber betonen, daß ich nicht verstehen kann, wie man in einem sozialistischen Ministerium noch eine fortschrittliche Schulpolitik treiben will, wenn der maßgebende Dement dieser Standpunkt einnimmt, den er vertreten hat. Gerade heute ist doch zwischen den Ausführungen des Hrn. Kultusministers und denen des Dementen ein großer Gegenjage zutage getreten. Hr. Dr. Wiesing sang ein hohes Lied über die bestehende höhere Schule, und der Hr. Minister war durchaus nicht befriedigt von dem, was gesprochen ist. Welche Kraft und welche Macht soll in diesem Gegenjage die Herrschaft erlangen? Nach alledem, was bisher vorgelegt, scheint es, als wenn doch Hr. Dr. Wiesing mehr die Macht in der Hand hätte, als daß sie von dem Kultusminister besetzt werden könnte. Dieser Zustand ist auf die Dauer unhaltbar. Von diesem Gesichtspunkte aus ist es unmöglich, daß wirksam Reformen im höheren Schulwesen durchgeführt werden.

Abg. Kammelsberg (Dtschn.):

Es wurde von einem der Redner hervorgehoben, daß die Kluft zwischen Volksschule und höherer Schule doch mehr überbrückt werden möchte. Glaubt man denn, daß das geschieht, wenn ein Vertreter der Volksschule solche unbedingte und ungerechtfertigte Angriffe auf die höhere Schule hier vorbringt? Die erste Forderung für uns alle, die wir die Kluft zwischen beiden Schulen schließen wollen, muß sein, daß wir sachlich bleiben (Sehr richtig! rechts.) und nicht so unmotiviert Angriffe bringen. (Sehr wahr! rechts.) Ich muß es auch weit von mir weisen, hier aber die Reaktion, die auf den höheren Schulen noch vorhanden sei, irgendein Wort entgegenzunehmen. Wir ist ein Mann, der sich seinen Grundjagen und seiner Erziehung treu geblieben ist, lieber, als derjenige, der

sich nach der Revolution zwei oder drei neue Westen gekauft hat. (Sehr richtig! rechts.) Ich achte jeden Vertreter der Regierung sehr hoch, der die ehrliche Überzeugung hat, daß er von seinem Standpunkte, den er in Erziehungssachen hat, nicht abgeht. Das hat mit Politik noch lange nichts zu tun. Man sorge auf der linken Seite, daß keine Politik in die Schule hineinkommt, von unserer Seite wird sie nicht hineingetragen werden. (Lachen links. — Sehr richtig! rechts.)

Der Kampf zwischen den höheren und niederen Schulen ist lediglich ein Produkt aus der „Lehrzeitung“ heraus, der Zeitung, die sich nicht genug tun kann, über Schulen zu urteilen, in denen die Lehrer selbst nicht darin gewesen sind. Aber über humanistische Bildung sprechen will, der solle sie selbst erst einmal richtig genießen haben. (Sehr richtig! rechts.) (Sehr wahr! rechts. — Zutuf links.) Ich meine, daß die Ausführungen von Hrn. Abg. Krz. sich schon selbst genug gekrafft haben. (Weiterheit.) Er hat jedenfalls kein Ruhmesblatt heute zu verzeichnen, denn hier hat er gezeigt, wie einseitig und gefährlich er gerade als Volksbildner gegen die höheren Schulen aufgetreten ist. Ich bedauere es aufrichtig, daß diese Bortourne nicht im Ausschuss gemacht worden sind. Da hat man in ganz vorzüglicher, leiser Weise gewisse Mängel der höheren Schulen berührt, um hier solche Forderungen zu halten und solchen Schmutz auf unsere bewährten alten Schulen zu werfen. Ich bin heute noch stolz darauf, daß ich ein humanistisches Gymnasium durchgemacht habe. (Zutuf links.)

Was die Anträge anlangt, so nehmen wir beide an. Natürlich ist die finanzielle Lage dabei zu berücksichtigen; das ist aber Sache des Finanzministers. (Bravo!)

Damit ist die Aussprache erschöpft. Die Abstimmung wird dem Antrag des Abg. Müller (Unabh.) gemäß ausgeführt und erst in der nächsten Sitzung vorgenommen werden.

Punkt 2 der Tagesordnung: Erste Beratung über den Antrag des Abg. Jähniq u. Gen., betr. die gesetzliche Regelung der Altersversorgung der Angehörigen des gewerblichen Mittelstandes, Handwerks, Handels und Gewerbes. (Drucksache Nr. 449.)

Der Antrag lautet:

Es steht fest, daß unter den heutigen Verhältnissen die Angehörigen des gewerblichen Mittelstandes, Handwerks, Handels und Gewerbes von ihrem etwas erparten kleinen Vermögen im hohen Alter nicht leben können und deshalb ganz gegen ihren Willen oft gezwungen sind, außerordentliche Hilfe des Staates in Anspruch zu nehmen. Um diesem Uebel in Zukunft vorzubeugen, wolle der Landtag beschließen:

die Regierung zu ersuchen, Schritte zu tun, damit die Altersversorgung der Angehörigen des gewerblichen Mittelstandes, Handwerks, Handels und Gewerbes auf dem Wege der Versicherung gesetzlich geregelt werde.

Zu seiner Begründung erhält das Wort

Abg. Jähniq (Dem.):

Zur Begründung meines Antrags ist zunächst auf die überaus bedrückte Lage der Veteranen des Mittelstandes aus Handwerk, Handel und Gewerbe hinzuweisen. Auf sie trifft zu, was auch allen übrigen Kleinrentnern nach Kriegsende zugehört ist: sie leiden in vielen Fällen bitterste Not. Reich und Staat nehmen sich in anerkennenswerter Weise der Not der Beamten, Pensionäre und Sozialrentner an, und so darf wohl auch die Anregung gegeben werden, bei diesem Hilfswerte nicht an der Not der alten Mittelständler aus Handwerk, Handel und Gewerbe, vorüberzugehen. Wenn also der gewerbliche Mittelstand sich an den Staat um Schutz und Hilfe wendet, ist er sehr oft auf den Weg der Selbsthilfe verwiesen worden. Diesen Weg hat er auch bereits von sich aus vielfach beschritten, aber bei der außerordentlichen Not der Gegenwart, ist mit der Selbsthilfe allein nicht auszukommen. Hier muß der Staat seine Unterstützung leisten. Auf dem zweiten sächsischen Handwerktage, der am 8. und 9. Oktober in Leipzig stattfand, hat man u. a. auch zu der Frage der Altersversorgung des Handwerks Stellung genommen und dabei einen Weg gewiesen, wie dieser Notlage entgegengetreten werden könnte. Durch Bereitstellung staatlicher Mittel möchte in Form von Renten geholfen werden. Hier könnte die staatliche Hilfe mit der Selbsthilfe Hand in Hand arbeiten. Dieses Hilfswort könnte mit Hilfe der Versicherungsanstalt der sächsischen Gewerbetreibenden zu Dresden verwirklicht werden.

So erkennen es nun ich, daß sich bereits viele Handwerktmeister und Gewerbetreibende dieser Versicherung freiwillig angeschlossen haben, so muß doch leider festgestellt werden, daß ein großer Teil, trotzdem es doch für jeden klar sein muß, daß er unter den heutigen Verhältnissen niemals ein beträchtliches Vermögen aufsparen kann, daß er im Falle der Arbeitsunfähigkeit von den Erträgen dieses Kapitals leben könnte, von dieser gegenwärtigen Einrichtung keinen Gebrauch macht. Ich erlaube daher durch meinen Antrag den Landtag, er wolle beschließen, die

Regierung zu ersuchen, Schritte zu tun, damit die Altersversorgung aller Angehörigen des gewerblichen Mittelstandes unter Anschluß an die Selbsthilfeversicherung gesetzlich geregelt werde, und zwar deshalb unter Anschluß an die Selbsthilfeversicherung, weil dadurch ermöglicht werden könnte, unter Übernahme der Sicherheit durch Innungen oder andere Körperschaften die eingezahlten Beiträge dem gewerblichen Mittelstand wieder als Betriebskapital zuzuführen. (Sehr richtig! bei den Dem.) was außerdem zu einer außerordentlichen Beschleunigung führen würde. Ich bin gern bereit, dem Rechtsausschuss, dem ich diesen Antrag zu überweisen bitte, das zur weiteren Bearbeitung nötige Material zur Verfügung zu stellen. Für heute möchte ich am Schluß meiner Ausführungen zugleich im Namen meiner Freunde das Haus dringend bitten, dem Antrage wohlwollende Behandlung zuteil werden zu lassen. (Bravo! bei den Dem.)

Präsident:

Ich möchte bezüglich des Antrages auf Überweisung an den Ausschuss folgendes bemerken: Man hat sich heute im Vorstand des Landtages mit den Herren Ausschussvorsitzenden dahin verständigt, daß wir den Rechtsausschuss nicht weiter überlasten sollen. Der Prüfungsausschuss ist aber bereit, solche Gegenstände zu behandeln, er glaubt, dazu die nötige Zeit zu haben. Ich würde also entgegen dem Vorschlage des Hrn. Begründers empfehlen, diesen Antrag dem Prüfungsausschuss zu überweisen.

Abg. Kuntzsch (Dtschn.):

Nach den Ausführungen des Hrn. Bortone's verläßt der Antrag in zwei Teile: es handelt sich erstens um eine vorübergehende Besserung der Verhältnisse der Altersrentner — wie schon hier auf dem Standpunkt, daß der Staat allerdings die Pflicht hat, mehr wie bisher helfend einzugreifen — und zweitens geht der Antrag darauf hinaus, daß der Staat Schritte tun soll, daß die bis jetzt noch selbständigen Handwerker und Gewerbetreibenden für ihr Alter Vorsorge treffen. Auch die Gesamtsituation des heutigen Handwerks hat sich eingehend mit der Frage beschäftigt, hat sich aber auf den Standpunkt gestellt, daß sie nicht eine gesetzliche Zwangsversicherung wünscht, sondern daß die Kommunen und Fachorganisationen des Handwerks und Mittelstandes die Aufgabe haben, das Handwerk in freiwilligen Kreisen zur Selbsthilfe auf diesem Gebiete zu veranlassen, daß wir aber auch auf dem Standpunkte stehen, daß diese Selbsthilfeorganisationen die staatliche Unterstützung behalten, die dazu notwendig ist, um sie leistungsfähig zu machen. Ganz besonderer Wert ist allerdings darauf gelegt worden, was der Hr. Bortone's schon ausgeführt hat, daß die aus dem Handwerk herausgehenden Beiträge nicht nochmals angelegt werden können, so daß der gewerbliche Mittelstand nicht in der Lage ist, die selber aus seinem Betriebskapital zu nehmen, sondern die angesammelten Gelder müssen gleichzeitig wieder als Betriebskapital den gewerblichen Betrieben zugeführt werden. Im übrigen stimmen wir dem Vorschlag zu, diesen Antrag einem Ausschuss zu überweisen, und ich bitte, diesem Antrag zuzustimmen.

Wirtschaftsminister Reihke:

Keine sehr geübten Tamen und Herren! Das Wirtschaftsministerium weiß, in wie großer Notlage sich heute viele Kreise des Handwerks und überhaupt des gesamten Mittelstandes befinden. Ich glaube nicht, zu weit zu gehen, wenn ich behaupte, daß ein Teil des sogenannten Mittelstandes in den Ertragsbedingungen heute auf dem Tiefstnivea des Breitenkreises angelangt ist, was nur bedeutet, daß in Wirklichkeit ein Teil dieses sogenannten Mittelstandes diese Bezeichnung den Ertragsbedingungen nach überhaupt nicht mehr verdient, daß sie ihm nicht mehr zukommt. Ich konstatiere damit nur die Tatsache, daß die Notlage weiter Kreise des Mittelstandes ohne weiteres zugegeben und anerkannt werden muß. Bei der Finanzlage des Reiches und des Staates wird jedoch an finanzieller Hilfe kaum mehr gedacht werden können, als das bisher schon geschehen ist; in Sachen z. B. durch Abänderung des Gesetzes über die Rentenrentenbank. Um so mehr ist deshalb die Selbsthilfebestrebungen des Handwerks und des Mittelstandes zu begrüßen, die sich ja namentlich gerade im Handwerk am allerkräftigsten bemerkbar machen. Eine Altersversorgung der Angehörigen des gewerblichen Mittelstandes auf dem Wege der Versicherung würde die Zuständigkeit und vor allem auch die Kräfte eines einzelnen Landes weit übersteigen, sie ist nur als Einrichtung des ganzen Reiches denkbar. Das Wirtschaftsministerium ist aber bereit, auf Verlangen der Kammer diesbezügliche Anregungen beim Reich zu stellen.

Die Regierung muß sich weitere Ausführungen für die Ausschussberatungen vorbehalten, auf eines aber möchte ich schon heute hinweisen, was mir in den Darlegungen der beiden Herren Bortone in den Darlegungen ebenfalls bekräftigt erschienen ist. Wenn ich recht verstanden habe, denkt sich der Mittelstand bzw. das Handwerk eine Regelung etwa auch so, daß man die in die Versicherungseinrichtungen hineingekommenen Gelder auf der anderen Seite teilweise wenigstens gleichzeitig als Betriebskapital des Mittelstandes verwenden könnte. Das ist nach meinem Dafürhalten ein sehr gefährliches, ein sehr gewagtes Experiment. Bei einer Zwangsversicherung wäre ein solches Verfahren überhaupt völlig ungangbar und ausgeschlossen. Nach den Darlegungen des Hrn. Abg. Jähniq kann man sogar zu der Auffassung kommen, daß der Mittelstand und das

Handwerk diese Versicherung gleichzeitig mit dem Nebenverdienst verfolgen, die Gelder, die jetzt durch Selbsthilfe hineingekommen sind zur Altersversicherung freizubekommen und eventuell durch öffentliche Zuschüsse das zu erreichen, was bis jetzt Handwerk und Mittelstand allein aufgebracht haben. Ich meine davor, irgendein gutes Vorhaben, das der sozialen Fürsorge für einen notleidenden Stand gilt, mit solchen gewagten Experimenten zu verquiden. Sie werden dadurch erstens für Ihre Bekämpfer in der Öffentlichkeit viel weniger Sympathie erringen, Sie werden es aber den Staaten bzw. dem Reich außerordentlich erschweren, an eine gesetzliche Regelung dieser Materie heranzutreten zu können.

Abg. Wittke (Dtschn. Sp.):

Meine Fraktion und ich legen auf dem Standpunkt, daß die Frage der Altersversorgung für den gewerblichen Mittelstand eine dringende ist, wir sind uns aber ebenso darüber klar, daß diese ganze Angelegenheit sehr schwierig ist. Es wird sich hier nicht empfehlen, lange Ausführungen über diese Angelegenheit zu machen. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß die Sache im Prüfungsausschuss gründlich beraten werden muß, denn die Wege, die zu gehen sind, sind verschiedene, und es läßt sich erst dort feststellen, welcher Weg der gangbarste sein wird. Meine Fraktion und ich stimmen dem zu, daß die Angelegenheit dem Prüfungsausschuss überwiegen wird.

Abg. Bälzel (Zog.):

Wir sehen dem Antrage an sich sympathisch gegenüber aus dem einfachen Grunde, weil ja jeder Einseitige, der die Räte auch der Kreise der Gewerbetreibenden, die die Zeit mit sich gebracht hat, kennt, unbedingt für eine Abhilfe dieser Räte sein muß. Aber wir stehen doch in bezug auf die Durchführung solcher Fragen grundsätzlich auf einem anderen Standpunkt. Ich muß sagen, daß der Antrag Jähniq, wenn er wirklich zur Durchführung kommen sollte, nur eine halbjährliche Verzögerung der sächsischen Gewerbetreibenden eine ausserordentliche Verzögerung auch für das Alter der Gewerbetreibenden, für den Mittelstand an sich bringen könnte. Dazu gehören so reichliche Mittel, daß selbst ein Land wie Sachsen einfach nicht in der Lage ist, sie aufzubringen. Der richtige Weg ist der, der von meinen politischen Freunden schon seit Jahrzehnten verfolgt worden ist, der Weg der sozialen Versicherung. Man hätte meinen sollen, daß die Zeitläufte die Herren Mittelständler dahin gebracht hätten, daß sie sich diesen Gedanken anschließen würden. Es ist unmöglich, nach abseits dieser Reichsversicherung zu gehen und neue Reichsversicherungsanstalten zu gründen. Die Regelung der Reichsversicherungsanstalten und der Sozialgesetzgebung steht bevor, und es ist da auch die Aufgabe des sächsischen Landtages, dafür zu sorgen, daß der Anteil der Reichsrenten ausgeglichen werde auf alle die Gewerbetreibenden, auf alle die Erwerbstätigen, die unter einem gewissen Einkommen stehen. Ich möchte deswegen empfehlen, daß der Prüfungsausschuss sich mit der Angelegenheit befaßt. Aber der Prüfungsausschuss wird, wenn er einigermaßen ganze Arbeit leisten will, nur den Weg beschreiten können, den ich kurz hier schon angedeutet habe, und das ist nicht anders möglich als auf einer breiten Basis, und zwar in dem Sinne, wie ich es hier schon skizzierte. Die Gründe, die bisher immer gegen diesen Gegenstand zum Ausdruck kamen, das man mit der Arbeiterversicherung nichts zu tun haben will, sind heute nicht mehr gangbar. Es trifft schon durchaus zu, daß sich so viele ihrer Ertragsformen von denen der proletarischen durchaus nicht unterscheiden. Aus dem Grunde können solche Unterseidungen auch in einer solchen Frage nicht mehr am Platze sein.

Darauf wird der Antrag einstimmig dem Prüfungsausschuss überwiesen.

Punkt 3 der Tagesordnung: Erste Beratung über den Antrag des Abg. Wehrmann u. Gen., betr. Neuwahl der Bezirksversammlungen und Bezirksausschüsse nach Abschluß der Gemeindevahlen. (Drucksache Nr. 486.)

Der Antrag lautet:

Der Landtag wolle beschließen: die Regierung um die Verlage eines Gesetzes zu ersuchen, durch das angeordnet wird, daß nach Abschluß der Gemeindevahlen auch eine Neuwahl der Bezirksversammlungen und Bezirksausschüsse stattfindet.

Zu seiner Begründung erhält das Wort

Abg. Wehrmann (Dem.):

Der Antrag, den wir gestellt haben, kommt eigentlich zu spät. Das ist ein Beweis dafür, daß er eigentlich selbstverständlich ist, und daß es gar nicht einer Ausführung bedarf, um seine Notwendigkeit zu begründen. Er hätte damals gestellt werden müssen, als durch das Rotgesetz die Neuwahl der Gemeindevahlvereine festgelegt wurde.

Wie die Dinge jetzt liegen, ist es so, daß die Amtsdauer der 1919 gewählten Vertreter für die Bezirksversammlungen 6 Jahre beträgt. Es ist aber selbstverständlich, daß durch die Neuwahl der Gemeindevahlvereine im verflochtenen Jahre eine gewisse Vertreibung in den einzelnen Bezirken eingetreten ist. Ob nach rechts oder links, ist nach meinem Dafürhalten in diesem Falle ganz unerheblich. Infolgedessen ist die Zusammen-